



Presseinformation

Nr. 494/2011

Kiel, Dienstag, 4. Oktober 2011

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Kommunales / Volksinitiativen

Günther Hildebrand: Eine Debatte über verstärkte Bürgerbeteiligung ist ganz im liberalen Sinne

Zu der Übergabe von 50.000 Unterschriften für Volksinitiativen des „Bündnisses für mehr Demokratie in Schleswig-Holstein“ sagt der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Die FDP-Fraktion gratuliert dem ‚Bündnis für mehr Demokratie in Schleswig-Holstein‘ zu der erfolgreichen Unterschriftensammlung. Eine breite, gesellschaftliche Debatte um verbesserte Bürgerbeteiligung ist ganz im liberalen Sinne.“ Aus diesem Grund unterstütze die FDP-Fraktion die Volksinitiative, die bundesweite Volksabstimmungen ermöglichen soll, erklärt Hildebrand.

„Auch die zweite Volksinitiative, die die kommunale Ebene betrifft, enthält sicher einige vernünftige Vorschläge. Im Gesamtpaket kann die FDP-Fraktion diese Initiative allerdings nicht mittragen.“ So sei die FDP in der Frage gesprächsbereit, ob die Bauleitplanung für Bürgerentscheide geöffnet werden solle. Ebenso seien die Vorschläge, die Quoren für Bürgerbegehren in Städten zu staffeln, sowie Begehren und Entscheide in Ortsteilen zuzulassen, prüfenswert, erklärt Hildebrand.

„Die Forderung, auch haushalterische Fragen per Bürgerentscheid zu regeln, ist mit der Idee repräsentativer Demokratie allerdings nicht vereinbar. Hier würde das Königsrecht des Parlaments ausgehebelt“, mahnt Hildebrand. Auch der geforderte Verzicht auf Finanzierungsvorschläge, in denen die Initiatoren der Bürgerentscheide ihre Initiativen haushalterisch begründen, sei der falsche Weg, da nicht einerseits gefordert werden könne, haushalterische Entscheidungen per Bürgerentscheid zu treffen und auf der anderen Seite die sachlichen Anforderungen an solche Initiativen zu senken. Insbesondere die Begründung des Bündnisses, dass die Initiatoren mit der Erstellung eines Finanzierungsvorschlages oft überfordert seien, sollte zu denken geben, erklärt Hildebrand abschließend.

www.fdp-sh.de